

Mit Temelin.com gegen Atomstrom

Gibt es sie wirklich, die Renaissance der Atomkraft? Nahe der österreichischen Grenze offensichtlich schon. Die Slowakei und Tschechien rüsten ihre Atomkraftwerke auf. Umweltschützer schwingen die Sicherheitskeule, und Oberösterreich führt seinen Kleinkrieg gegen die Nachbarn im Internet.

Clemens Neuhold

In seinem Kampf gegen die Atomkraft kann man Greenpeace nicht vorwerfen, humorlos zu sein. „Die Errichtung einer Beleuchtungsanlage am Kraftwerksgelände soll anscheinend lediglich verhindern, dass ein Pilot die riesige Anlage übersieht.“ Wogegen die Aktivisten hier polemisieren, ist das slowakische Atomkraftwerk Mochovce. 140 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt wird dort munter an zwei neuen Reaktorblöcken gebaut. Laut Greenpeace könnte schon der Absturz eines mittelgroßen Flugzeugs eine Atomkatastrophe auslösen, weil dem Reaktortyp eine entsprechende Schutzhülle fehlt. Auch die Slowaken wollen überleben, könnte man einwenden, Schreckensszenarien gehören bei Greenpeace-Kampagnen einfach dazu.

Solche Anti-Atom-Kampagnen häufen sich, denn Atomkraft ist wieder en vogue. Ob es wirklich eine „Renaissance“ ist, daran scheiden sich die Geister. Die Slowakei wäre ein Beleg dafür: Neben Mochovce sollen in Bohunice zwei neue Meiler entstehen, der Ort liegt nur 70 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt. Die zwei alten Blöcke mussten als Bedingung für den EU-Beitritt vom Netz genommen werden. CEZ, der Eigentümer des tschechischen Kraftwerkes Temelin, wird in Bohunice eine Mrd. Euro investieren. Verkündet wurde der Deal ausgerechnet beim European Nuclear Energy Forum (Enef) Ende Mai in Prag. Das aus EU-Kassen finanzierte Enef ist eigentlich als neutrale Diskussionsplattform konzipiert, nun verkommt es zur Lobbyisten-Runde. Vom Atom-Deal brüskiert, kündigten Greenpeace, Friends of the Earth und Sortir du Nucléaire noch in Prag ihre Mitarbeit im Forum auf.

Umgehend auf den Affront reagiert hat auch das renitente Oberösterreich. Im Kampf gegen das grenznahe Temelin betreibt das Bundesland eine PR-



Rund um das gallische Dorf Österreich entstehen neue Atommeiler. Doch ganz atomfrei ist auch Österreich nicht – der Atomstrom wird in beträchtlichen Mengen importiert. Foto: Bilderbox.com

Maschinerie, die ihresgleichen sucht. Nach den Vorfällen in Prag setzte diese das Anti Nuclear Forum (Anef) in Bewegung. Für 17. Juni war das erste Treffen in Linz angesetzt, hosted by Landeshauptmann Pühringer. Ihren Feldzug führen die Oberösterreicher samt Anti-Atombeauftragten bevorzugt im Internet. „Don't nuke the climate“, heißt es auf Anef.info, der stylischen Homepage des neuen Forums. Die Oberösterreicher sind überhaupt Meister im Horten knackiger Domains. So liefert Temelin.com weder neutrale News über das Kraftwerk noch über die 770 Seelen-Gemeinde in Südböhmen: Hier sendet die Linzer Anti-Atom-Behörde. Fette „Störfall“-Banner bei jedem dritten Artikel wecken Gedanken an Jod-Ta-

bletten und Unter-dem-Tisch-Kauer-Übungen. Dasselbe auf Mochovce.com. Nur Bohunice.com ist überraschenderweise noch zu haben. Wer „Temelin“ googelt, wird erst von den Linzern „informiert“, dann von Wikipedia.

Verständnis für die Nachbarn

In Temelin werden gerade die Weichen für zwei weitere Reaktorblöcke gestellt, geplanter Baubeginn ist 2013. Dagegen wird Temelin.com nichts ausrichten, auch wenn es wahlweise auf Tschechisch über Störfälle informiert. Mit Ausnahme der Grünen sind alle Parteien für den Ausbau, in der Bevölkerung sagen 71 Prozent Ja zu Atomkraft. In Tschechien stammen 31 Prozent, in der Slowakei 55 Prozent der Energie aus der

Atomkraft, die Bürger sehen die nukleare Energie pragmatisch, sie halten sie einfach für notwendig. Österreich ist mit Wasserkraft gesegnet, diese Länder nicht. Und der Strombedarf steigt. Schon jetzt gibt es Versorgungslücken. So ist die Slowakei seit der Abschaltung der alten Bohunice-Reaktoren auf Importe angewiesen.

Wie schmerzhaft diese Abhängigkeit sein kann, erfuhr das Land letzten Winter. Nachdem die Russen den Ukrainern wieder einmal den Gashahn abgedreht hatten, schrammte die Slowakei wegen der folgenden Engpässe nur knapp an einem völligen Stromausfall (Blackout) vorbei. Als Reaktion darauf kündigte Premierminister Robert Fico an, den gerade abgeschalteten Reak-

tor in Bohunice wieder hochzufahren. Österreich protestierte scharf gegen diese Verletzung des EU-Rechts, und schließlich genügten Gaslieferungen aus Nachbarländern, um Fico davon abzubringen. Doch nächstes Mal könnte der russische Gasboykott nicht Wochen, sondern Monate dauern, fürchten Energiestrategen in Brüssel. Das steigert die Angst vor Versorgungslücken und senkt die Bedenken gegen Atomenergie europaweit. Auch der Klimaschutz verleiht der Nuklearenergie Rückenwind, weil Atomkraft klimafreundlicher ist als Kohle- oder Gaskraftwerke. Die Frage des Atom Mülls und der energieaufwendigen Kühlung ist in der Rechnung allerdings nicht enthalten.

Heiße Luft

Derzeit spricht vieles für die atomare Renaissance – und vieles dagegen: In Finnland und Frankreich verzögert sich der Bau der modernsten Reaktortypen massiv, die Kosten explodieren. In Italien, Großbritannien und Schweden bleibt es bei Ankündigungen. Jurrien Westerhof, Atomexperte von Greenpeace, bezweifelt, dass sich dort jemals Unternehmen finden, die bis zu vier Mrd. Euro in ein neues Kraftwerk investieren, das frühestens 2020 Strom liefert. „Ein Gaskraftwerk kostet 400 Mio. Euro und liefert in fünf Jahren Strom.“

Spannend wird es in Deutschland. Unter der rot-grünen Regierung wurde der Atomausstieg bis 2021 paktiert, die aktuelle Große Koalition rührte das Thema nicht an. Das kann sich ändern, sollte ab Herbst die CDU mit der FDP regieren. Die CDU will die Laufzeit der 17 Reaktoren verlängern, für Neubauten von Atomkraftwerken ist sie vorerst nicht zu haben. Die FDP sieht das anders. Falls sich der Juniorpartner durchsetzt, seien Betreiber neuer Kraftwerke gewarnt: Oberösterreich wird sich entsprechende Domains für gezielte Störaktionen blitzartig sichern.